

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1873

12.3.1873 (No. 60)

Badischer Beobachter.

Büreau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

60.

Versteht täglich (Montag ausgen.)
Preis 1 R. 18 Kr.; durch die Post bezogen
1 R. 20 Kr. vierteljährlich.

Mittwoch 12. März

Insertionsgebühr:
die gespaltenen Zeilen über deren
Raum 4 Kreuzer.

1873.

Zu Herrn Michelis neuester Erklärung.

Die in unserer letzten Nummer mitgetheilte Erklärung des Herrn Michelis aus der Bad. Landeszeitung wird nicht verfehlen, einiges Aufsehen zu erregen. Zwar werden die servilen Blätter sie möglichst todt zu schweigen suchen, da sie ihnen nichts weniger als in den Kram paßt, — Grund genug für unsere Presse, sie nicht mit Stillschweigen zu übergehen. Wenn über kurz oder lang, wie dies unvermeidlich ist, die Dinge sich so gestalten, daß diejenigen, die sich jetzt für Ultrakatholiken ausgeben, dem Herrn Michelis mit jenem Correspondenten der Landeszeitung erklären, daß seine dogmatischen Ansichten „mit der Einsicht unserer Tage nicht mehr verträglich sind“, dann wird es an uns sein, Herrn Michelis aufzufordern, „auf den Ruhm eines liberalen Katholiken zu verzichten“, weil er ihn um den Preis seines Glaubens zu erkaufen nie gewonnen gewesen sei, wie er behauptet. Und dieser im Interesse „der Wahrheit und der Ehrenhaftigkeit“ erforderliche Verzicht dürfte rascher eintreten, als Herr Michelis heute vielleicht noch zu ahnen vermag. Wir stehen in der österlichen Zeit und Herr Michelis wird also erwarten, daß seine „Ultrakatholiken“ um so reger und zahlreicher sich an seinen Beichtstuhl drängen, da nach den Angaben seiner Blätter sein „altkatholischer“ Anhang nur deshalb den Beichtstuhl ferne gelieben ist, weil ihm darin manche unliebsame Dinge gesagt worden seien. Bleiben nun aber die Schäflein auch von seinem Beichtstuhl weg, weil dergleichen sich „mit der Einsicht unserer Tage nicht verträglich“, dann ist der Augenblick gekommen, wo Herr Michelis sein Wort einlösen und also von seinem Beginnen zurücktreten muß. Wir werden sehen! Einstweilen betrachtet es Herr Michelis noch als seine Aufgabe Gemeinden zu gründen und sie dann sitzen zu lassen, wie die armen „Ultrakatholiken“ in Heidelberg, die, wie wir von dort erfahren, nach geistlichem Troste förmlich schmachten sollen.

Was den Vorfall mit der Landeszeitung betrifft, so ist Herr Michelis zum ersten Male — in der Öffentlichkeit wenigstens — mit seinen zweideutigen Anhängern in Collision gekommen. Er darf sich darauf verlassen, daß dies nur ein schwacher Anfang einer langen Reihe von Verwickelungen sein wird. Der arme Mann, den wir von Herzen bedauern, wenn er in Bälde erkennen muß, daß er — wir wollen eine stärkere französische Bezeichnung vermeiden — lediglich der Geschobene war! Wir hätten nicht gedacht, daß unser Wort von der doctrinären Grenzlinie, welche Herr Michelis als unüberschreitbaren Rubikon hinstellte, die aber sein Anhang mit Hohnlachen überschreiten werde, sich so bald schon erfüllen würde! Lebte der berühmte Geschichtsprofessor Häusser noch, er würde sein Lieblingswort hier an den Mann bringen können: „Es mußte so kommen und es kam so.“

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 7. März. (Germ.)

Zweite Berathung über das Gesetz betreffend die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen.

Berichterstatter Abg. Dr. Sneyt referirt zunächst über mehrere das vorliegende Gesetz bezügliche Petitionen. Die eine Gruppe enthalte Gesuche um Aufrechthaltung der Convicte und Knabenseminare, die andere sei von Studierenden der evangelischen Theologie eingereicht und erstrebe Vereinfachung der wissenschaftlichen Anforderungen im Vergleich zu den Bestimmungen des Gesetzes. Redner stellt dem Hause anheim, die Petitionen durch die Beschließungen über das vorliegende Gesetz zu erledigen.

Zum Wort über das Gesetz selbst melden sich 10 Redner, 5 gegen, 5 für das Gesetz. Zunächst erhält das Wort:

Abg. Reichensperger (Dipe). Er sei der Ueberzeugung, daß so lange die Verfassungsänderung noch nicht publicirt sei, jeder Abgeordnete im Gewissen verpflichtet sei, gegen ein Gesetz zu stimmen, das gegen die bestehende Verfassung verstößt. Er berufe sich für seine Behauptung auf die Autorität des Hauses Hrn. v. Rönne, und dessen politischen Antipoden Hrn. Stahl. Die Verfassung garantire der katholischen und der evangelischen Kirche freie Selbstverwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten, das sei eine positive Supposition, welche Gesetze unmöglich mache, die gegen die freie Selbstver-

waltung der Kirche verstießen. Zwar räume der Nachsatz der fraglichen Verfassungsbestimmung dem Staate das Aufsichtsrecht ein, doch dürfe man diesen Nachsatz nicht in einem Sinne interpretiren, der den Vorsatz wieder aufhebe; mithin sei in diesem Aufsichtsrecht ein Bestätigungs-, resp. Nichtbestätigungsrecht des Staates nicht enthalten. Damit, daß man jetzt die Uebertragung der geistlichen Aemter den staatlichen Behörden überlasse, schädige man die Kirche in ihrem Fundament, man mache sie ohnmächtig und geradezu existenzlos. Selbst die römischen Cäsaren hätten nicht dieses Mittel zur Unterdrückung der kath. Kirche angewandt, weil sie eine würdigere Anschauung von derselben hatten, als dies gegenwärtig der Fall sei, wenn man die Befugniß zur Uebertragung der geistlichen Aemter einem weltlichen Machthaber übertrage. Uebrigens verstoße das Gesetz auch gegen § 14 der Verfassung, wonach bei allen Einrichtungen des Staates, welche mit der Religionsübung im Zusammenhange stehen, die christliche Religion zu Grunde gelegt werden müsse. Hier handele es sich um eine solche Einrichtung; die Kirche habe eine höhere Mission, sie habe die Ueberzeugung, daß sie in dieser Mission von der weltlichen Obrigkeit nicht gehindert werden dürfe. Aber wo und wann habe man nur ein einziges Mal von den Rechten der Religion und Kirche gesprochen und dieselben anerkannt? Redner citirt darauf eine Stelle aus dem Werke des Kirchenrechtslehrers Richter, worin ausdrücklich jedes positive Einwirkungsrecht des Staates auf die Angelegenheiten der Kirche bestritten und ausgeführt wird, daß sich der Staat in die Wahl und Anstellung der Religionsdiener nicht mischen dürfe. Auch Hr. Prof. Sneyt habe sich in diesem Sinne früher ausgesprochen und nachdrücklich betont, daß der Staat nicht berechtigt sei, etwa nur personae gratiae anzustellen. Wenn man nun behaupte, daß der Staat zu seinen Wahrgeln gedrängt worden sei durch die wesentlichen Verfassungsänderungen, die innerhalb der katholischen Kirche durch das Vaticanum vollzogen worden, so bestreite er dies, und nicht zum ersten Mal. Redner bekämpft darauf die Bestimmung, wonach jeder Studierende der Theologie gezwungen werden solle, drei Jahre die Universität zu besuchen. Einmal sei dies darum bedenklich, weil den Studierenden, als meist aus den niederen Ständen hervorgehend, die Mittel zu einem standesgemäßen Unterhalt fehlen würden, und ferner sei er (Redner) der Ueberzeugung, daß lange nicht so sehr die Wissenschaft, als die Moral beim Theologen in Betracht komme. Die Vorwürfe und Verdächtigungen in Bezug auf antinationale Bestrebungen der Ultramontanen, wie sie besonders Hr. v. Kardorff neulich vorgebracht, müsse er entschieden zurückweisen. Die kath. Kirche wurde in den Nationalitäten, nur halte sie es nicht für national, vor einem jeweiligen Machthaber das Knie zu beugen. (Beifall im Centrum.) Schließlich bemerkt Redner, daß er und seine Partei mit ihrer Opposition gegen die neuen Gesetze dem Staate und der Krone nur einen Dienst zu erweisen glauben, und daß sie deshalb muthig in dem Kampfe ausharren würden, der endlich zum sicheren Ziele führen muß. (Beifall im Centrum.)

Abg. Graf Klenard expectorirt sich in längerer Rede über sämtliche Verhältnisse der katholischen Kirche, der ultramontanen Partei und ihrer Presse. Von ersterer behauptet er, daß sie den Streit selbst angefangen habe, weil Deutschland den gestürzten Thron des Papstes nicht wieder aufrichten wollte. Die ultramontane Partei beschuldigt er beständiger Heterereien und Wählerereien. Das Angstgeschrei, als gelte es einen Kreuzzug gegen die katholische Kirche, einen Vernichtungskrieg gegen dieselbe, hätte zur Voraussetzung die Leichtgläubigkeit der Menge, eine allerdings specifisch katholische Eigenschaft. Wie lächerlich man dabei bisweilen ernste Dinge behandle, beweise die neuliche Abhandlung des Abg. v. Mallindrot über die Excommunication, in welcher dieselbe so einfach dargestellt wurde, als sei sie nur ein Bürganzmittel der katholischen Kirche. (Große Unruhe im Centrum. Psui!) Er (Redner) begreife nicht, warum man die Herren des Centrums so sehr als Helden und Heroen feiere. Worin bestünde denn ihr Heldenthum? Wunden hätten sie ja noch nicht erhalten, und das Nebenhalten scheine ihrem Leibe doch keinen Abbruch zu thun. (Weiterkeit links.) Der Presse wirft er endlich Mangel an Unabhängigkeit und Scandalhucht vor. Dabei müsse sie sich öfters mit Füßen treten lassen und den Fuß, der sie getreten, noch küssen. Das Redacteur- und Mitarbeiter-Spielen in dieser Presse sei nicht Jedermanns Sache. Redner würzt seinen Vortrag mit zahlreichen plumphen und unanständigen Scherzen; er überbietet an geradezu unverhämten Ausfällen gegen den Katholicismus die schlimmsten Zeitungen, während er der Presse im selben Athem Scandalhucht etc. vorwirft.

Cultusminister Dr. Falk: Er müsse seinem großen Erstaunen Worte geben, in das ihn gewisse Ausführungen des Abgeordneten Reichensperger versetzt hätten. Derselbe sage, daß die einzige positive Bestimmung des Art. 15 die Garantie der Freiheit und Selbstständigkeit der Kirche sei, und daß die darauf folgende negative Bestimmung des Artikels jene erste nicht alterire. Er seinerseits meine, daß man einen Artikel nicht derartig in zwei Stücke zerreißen dürfe, sondern daß man aus beiden Sätzen zusammen den Sinn desselben herauslesen müsse. Dasselbe sei mit Artikel 18 der Fall. Was die Vergleichung seiner Person mit den Cäsaren betreffe, so wäre darauf wohl zu antworten, wenn etwas Derartiges das erste Mal passirte. So aber sei er schon daran gewöhnt. Sowohl in der Presse wie hier im Hause erneuere man täglich die Angriffe gegen seine Person, und die Vergleichung mit Julianus Apostata sei noch das Mildeste, was man ihm antue. (Weiterkeit.) Aber überhaupt sei eine solche Vergleichung völlig nichtig. Der Herr Abgeordnete habe aus den Gesetzen Dinge entwidelt, die gar nicht darin ständen, nur um seine Behauptung zu rechtfertigen. Es handle sich darin nicht, wie es in andern deutschen Staaten der Fall sei, um etwaige Ausschließung von sogenannten personae minus gratae, sondern nur um den Widerspruch des Staates gegen einzelne Anstellungen von Geistlichen. Eine Beeinträchtigung der katholischen Kirche in Ausübung ihrer Functionen finde damit nicht statt. Doch möge das noch so oft wiederholt werden, trotzdem spreche man immer und immer wieder von Unterdrückung und Anfeindung der katholischen Kirche und rufe es hinaus in die Welt, nur um den Widerwillen gegen die Regierung zu nähren. Schließlich sei behauptet worden, daß die Gesetze mit Artikel 14 in Widerspruch ständen. Allein der Artikel 14 spreche von der Religionsübung, und damit sei hauptsächlich die Heilighaltung des Sonntags gemeint gewesen, während der Abg. Reichensperger die Sache so dargestellt habe, als ob hier von Einrichtungen die Rede sei, die sich auf die Religion im Allgemeinen bezögen. Dies habe er hier nur constatiren wollen.

Ein Antrag auf Schluß der Discussion wird abgelehnt. In persönlicher Bemerkung bestreitet Abg. v. Kardorff, daß er die ultramontane Partei verdächtigt habe, und verliest die bezügliche Stelle des stenographischen Berichts.

Abg. Reichensperger hält seine Behauptung aufrecht, wenigstens habe die Rede damals den Eindruck auf ihn gemacht. Vielleicht sei durch Correctur die fragliche Stelle etwas verändert.

Abg. v. Kardorff fühlt sich durch diesen Ausdruck sehr beleidigt und erklärt ihn für unparlamentarisch. Der Präsident bemerkt, daß eine Kritik über das, was parlamentarisch sei oder nicht, nur ihm zustehe. Eine Beleidigung des Herrn v. Kardorff habe er in der Aeußerung des Abg. Reichensperger nicht erblickt.

Abg. Reichensperger. Er habe dem Herrn v. Kardorff durchaus nicht zu nahe treten wollen. Uebrigens erlaube sich ja wohl jedes Mitglied des Hauses kleine Correcturen im Bericht.

Nachdem Abg. v. Kardorff sich nochmals gegen jede derartige Verdächtigung wie die eben gethane verwahrt hat, vertagt sich das Haus.

Deutschland.

Karlsruhe, 11. März. S. R. H. der Großherzog haben mit höchster Entschließung vom 20. Februar d. J. den Referendar Otto Kleinpell zum Secretär bei dem Kreis- und Hofgericht Offenburg zu ernennen geruht.

* Karlsruhe, 9. März. Der „Kreuzzeitung“ ist jetzt endlich ein Licht aufgegangen, — sie gebraucht selbst wörtlich diesen Ausdruck — um was es sich bei den neuesten Gesekentwürfen des preussischen Cultusministeriums handelt. Es ist auf die völlige Unterwerfung der Kirche unter die Gewalt des Staates abgesehen, sagt sie, und zwar auch der protestantischen Kirche. Das Beste dabei sei nur, „daß „alles Wanken und Schwanken auf kirchlicher Seite“ ein Ende habe. „Wir sind aus nebelhafter Unklarheit heraus und scharfe klare Luft umgibt uns“. Als ob wir das nicht Alles der „Kreuzzeitung“ sammt Gesinnungsgenossen längst vorausgesagt hätten, während sie immer noch ebenso lustig wie das Gelichter des Preßbureaus auf die „römischen Uebergriffe“ loszog! Sie war also damals, als sie so schimpfte, in „nebelhafter Unklarheit“, ein Zugeständniß, das dankenswerth ist, und jetzt sagen wir mit freudlichem Willkommen: „Spät kommt Ihr, — doch Ihr kommt!“, der weite Weg entschuldigt übrigens nicht!

* Karlsruhe, 9. März. Selten hat ein Abgeordneter wärmere Worte für die Presse, ihre hohe Bedeutung und die Männer gesprochen, die den schwierigen Beruf übernommen haben, die politischen Erzieher des Volkes zu sein, als der Abg. Windthorst. Alle Parteien, mit Ausnahme der Stockconservativen, haben es ihm Dank gewußt, und ganz besonders wird allgemein anerkannt, daß die Motive, die Windthorst für das Verhalten der Regierung gegenüber der Zeitungssteuer geltend machte, allseitig Glauben fanden, wie selbst die „Kölnische Zeitung“ sagt. Man fühlte es, man konnte es mit Händen greifen, daß von der Regierung nicht die eigentlichen Gründe in den Vordergrund gestellt waren und daß sie nur nicht den Muth hatte, ihre wahren und eigentlichen, der Presse ungünstigen Motive offen herauszusagen.

* Karlsruhe, 10. März. Aus dem Sprachschatz der „Badischen Landeszeitung“ heben wir von gestern heraus, daß dort gesagt wird, es sei den Geistlichen „zur größeren Ehre des Unsehbaren“ er-

laubt, auf der Kanzel zu lügen. Wir theilen dieses einfach Geistlichen und Laien mit, um ihnen wieder an einem Exempel zu zeigen, in welcher Weise sie sich in diesem Lande von den servil-ministeriellen Blättern behandeln lassen müssen. Aber nicht genug. In der gestrigen „Karlsruher Zeitg.“, dem ministeriellen Organe, wird in einem Bericht über den Carneval in Rom nach dem „Frankfurter Journal“ berichtet, in einem riesigen Vogelbauer habe ein „stattlicher Papa-Gallo (Papagei) gefressen, eine handgreifliche Anspielung auf einen gewissen geschwätzigen Gefangenen.“ Wir möchten nach einer solchen Probe der schwersten Verletzung der Gefühle von Tausenden in unserem Lande nur wissen, was diesen Oberofficiösen berechtigt, seinen Trabanten Anstandszeugnisse auszustellen?

Constanz, 10. März. Die Constanzener Zeitung schreibt: Außerem Vernehmen nach wären die Hrn. Dr. Schachleiter und Stiftungsverwalter Edelmann wegen ihrer Äußerungen in der Gaienhöfer Versammlung vor das Schwurgericht verwiesen, Herr Kaplan Werber freigesprochen.

Thiengen, 8. März. Heute war hier in der für den römisch-katholischen Gottesdienst bestimmten Heiligentapelle altkatholischer Gottesdienst durch Herrn Michelis. Zuerst wurde ein Kindlein getauft, dann fand eine Aussegnung statt. Herr Michelis hielt hierauf einen kurzen Vortrag über den Zweck seines Hierseins. So ein altkatholischer Gottesdienst trägt sehr wenig zum Frieden in Familien und Gemeinden bei. Zudem sind die echten Alt Katholiken schon längst über das, was Michelis thut und sagt, hinaus. Das Publikum war bei diesem Gottesdienst ebenso qualificirt wie an andern Orten. So wäre denn Thiengen würdig geworden, neben Heidelberg, Offenburg und Constanz genannt zu werden. Hr. Michelis wird wohl die Gläubigen und Ungläubigen seiner hiesigen Heerde nicht mehr oft besuchen; die „großen Ereignisse in Constanz“, die immer kleiner zu werden drohen, machen seine Gegenwart dort nothwendig. — Wir könnten übrigens noch mit mehr aufwarten.

* Neckargemünd, 9. März. Bürgermeister Heß ist plötzlich gestorben, wie dem „Pfälzer Boten“ berichtet wird.

§ Rom Rhein, 11. März. „Die preussischen Gesetzentwürfe über die Stellung der Kirche zum Staat. Offener Brief an Herrn W. E. von Ketteler, Bischof von Mainz von Dr. Emil Friedberg. Leipzig 1873. 22 Seiten.“ Nicht der innere Gehalt der vorstehenden Schrift ist es, was uns veranlaßt, von derselben zu schreiben, sondern weil auch von der gleich betitelten Broschüre des Herrn Bischofs v. Ketteler in diesem Blatte eingehende Erwähnung geschehen ist. Vier Punkte heben wir aus diesem geschmack- und taktlos geschriebenen Schriftstück hervor: 1) Friedberg leugnet, mit irgend einer Partei in Preußen in Verbindung zu stehen; 2) er stehe, behauptet er, dem preuß. Kultusminister Falk gänzlich fern. 3) Der Staat solle nur insoweit den kirchlichen Einfluß brechen, als er ihn selbst gepflanzt hat; 4) Friedberg fürchtet einen neuen Bauernkrieg, wenn der Staat durch seine Beamten die Autorität des Pfarrers beeinträchtigt. Ein wichtiges Geständniß. — Von der Form des Friedberg'schen Briefes würde hier nicht gesprochen werden, wenn dieselbe nicht allzu charakteristisch wäre. Fast ohne Ausnahme beginnen die Sätze entweder mit „Sie“ oder „Ich“. Man braucht nur vor dieselben die Conjunction „asse (als)“ zu setzen, wie dies der hl. Johannes in seinem Evangelium mit dem griechischen Wörtchen hoti (als) thut, so oft er die Reden der Juden in Jerusalem anführt, und man glaubt sich in den Tempel der hl. Stadt versetzt. Man lese z. B. folgende Sätze und Wendungen: „asse meine kirchenpolitische Lehre — asse ich läugne mit irgend einer preussischen Partei verbunden zu sein u., solidarisch — asse ich nicht hab irgend welchen Einfluß über den Minister Dr. Falk — asse ich stehe ihm gänzlich fern (S. 19) — asse ich nur hab gesagt, der Staat soll dem kirchl. Einfluß nur in soweit brechen, als er ihm hat selbst gepflanzt; (S. 16), asse ich fürcht' einen neuen Bauernkrieg (S. 15), wenn die Autorität des Geistlichen zerstört wird auf der Staatsregierung, — asse ich weiß vor gewiß, daß Sie Herr Bischof haben wollen werden Erzbischof von Freiburg (S. 21).“ Hat nicht in dem letzten Punkte Herr Friedberg verrathen seine Verbindungen in Karlsruhe? Gott der Gerechte, wer weiß es!

— Hechingen, 8. März. Heute ist der Eigenthümer und Redacteur der katholischen Zeitung „Der Zoller“ vom hiesigen Kreisgericht zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt worden, weil er in einem Leitartikel in Nr. 18 genannten Blattes, den die Staats-

anwaltschaft „sehr aufregend“ gefunden hatte, Anordnungen der Obrigkeit bewußt in der öffentlichen Meinung verächtlich gemacht habe. Wir können leider die incriminirten Stellen nicht mittheilen. Die Staatsanwaltschaft trug auf 3 Monate Gefängniß und Tragung der Kosten an; der Gerichtshof aber mußte die Sache doch nicht so bedeutend gefunden haben. — Auch der Abgeordnete Jung in Berlin hat gegen die Redaction des „Zoller“ eine Ehrenbeleidigungsklage bei hiesigem Gericht eingereicht. Der Redacteur des „Zoller“ — dessen dürfen Sie gewiß sein — wird durch solche Heimtuchungen nicht mürbe werden.

München, 5. März. In der Uniformierungsfrage ist nunmehr das Kriegsministerium beauftragt worden, das umfangreiche Material, welches sich aus den Anträgen der „Bekleidungscommission“ einerseits, als den Revisionen der „Generalinspektion“ (Prinz Vuitpold) andererseits nochmals ergeben, genauestens zu prüfen und dem Könige die geeigneten Vorschläge zu unterbreiten. So ist endlich dem Urtheil des Kriegsministers überlassen, sowohl den berechtigten nationalen Eigenthümlichkeiten als der doch nothwendigen Uebereinstimmung auch in der äußeren Erscheinung mit den übrigen 16 deutschen Corps geeignete Rechnung zu tragen. Doch wäre, meint die „Abendztg.“, eine baldige Entscheidung bei der nahen besseren Jahreszeit im Interesse von Officieren und Geschäftsleuten wegen allenfälliger Neuananschaffungen wirklich sehr zu wünschen. (Germ.)

München, 9. März. In einer gestern Abend abgehaltenen Versammlung der dem hiesigen Verbands angehörnden Sezer und Drucker gab der Vorstand des Gauvereines Rottmann das Präsidium an den Redacteur des „Vaterlandes“ Dr. Sigl ab. Sigl hielt eine fulminante Anrede an die Anwesenden, forderte zum Aushalten auf, verspricht unentgeltliche Beschaffung der erforderlichen Drucksachen und ausgiebige Unterstützung der Strikenden; er beabsichtigt die Einberufung einer allgemeinen Arbeiterversammlung auf den 17. März, inzwischen solle für die Unterstützung der Strikenden und für ihre Bestrebungen energisch gewirkt werden. Das Auftreten Sigls rief bei vielen Anwesenden Mißstimmung hervor.

Dresden, 8. März. Bei den heute vorgenommenen Wahlen der zweiten Kammer für den Staatsgerichtshof wurden die Candidaten der Linken, die Abgeordneten Otto Heubner, Temper und Müller, sämmtlich gewählt.

Berlin, 7. März. Die Conservativen verhielten sich gestern wieder gegenüber dem Bernards'schen Antrage auf Aufhebung des Zeitungs- und Kalender-Stempels entschieden abwehrend, um sich wieder ein Mal in der Rolle einer ministeriellen Partei zu gefallen, obgleich sie sich nicht verhehlen konnten, daß sie damit ohne Noth für eine von allen Verständigen längst verurtheilte Sache Partei ergreifen. Diese Parteinahme erscheint in einem um so trübem Lichte, als die Gründe, welche von der Ministerbank her für die Aufrechthaltung einer so gehässigen Steuer geltend gemacht wurden, keinen Unbefangenen bestechen können. Mit dergleichen Argumenten, wie Graf Eulenburg sie gestern zum Besten gab, läßt sich schließlich jede Steuer, auch die schlechteste und ungerechteste, verfechten. Aber wenn ein Minister des Innern finanzielle Beweggründe für die Beibehaltung einer drückenden und ungerechtfertigten Steuer in's Feld führt, während die Massen des Staates und des Reiches überfüllt sind, so kann die Regierung darüber sich nicht wundern, wenn das Publicum den Ungläubigen spielt und mit Eugen Richter einstimmt, der in dem Widerstande der Regierung nur den Beweis erblickte, daß sie eine freie, unabhängige Presse nicht ertragen könne. Das hätten die Liberalen jedoch längst vorhersehen können, und es ist wirklich zum Lachen, wie ihre Organe heute in ohnmächtiger Wuth um sich schlagen. Und doch haben die großen liberalen Parteien es ganz in ihrer Hand, die Regierung zum Nachgeben zu nöthigen, wenn sie nur den Muth hätten, in andern Fragen fester aufzutreten und sich spröder zu zeigen. Aber dazu sind sie nun ein Mal nicht geschaffen, und weil man das in den leitenden Kreisen sehr genau weiß, kann man ihnen auch Manches bieten, was man Parteien von stärkerm Selbstgefühl und mehr Willenskraft nicht bieten würde. Diese Schwäche bekundet sich auch in der Willfährigkeit, mit der man heute bereits in die Behandlung der kirchenpolitischen Vorlagen eingetreten ist, trotzdem, daß die „Berliner Autograph. Corresp.“, das Organ der National-Liberalen, zugeben muß, daß diese Berathung ganz nutzlos ist und sofort abgebrochen werden muß, wenn das Herrenhaus die Verfassungsänderung ablehnen sollte. Hr. Dr. Falk scheint diese Ansicht nach seinen gestrigen Ausführungen

zwar nicht zu theilen, aber die Sache liegt in der That nicht um ein Haar anders. (R. B. Z.)

Berlin, 7. März. In Posen wird es zuerst zum ernstlichen Kampfe kommen! Das ist der Eindruck, welchen das gestern von uns publicirte Rundschreiben des Hrn. Erzbischofs Grafen Ledochowski bei Freund und Feind gemacht hat. Warten wir also ab, was die Regierung thun wird. Was der Hr. Erzbischof und seine treuen Priester thun werden, wissen wir bereits. Vorläufig begnügt sich das Gouvernment in Posen mit Confiscationsvegetationen. Der „Kurjer Poznański“ ist wegen Abdrucks des erzbischoflichen Rundschreibens, wie heute telegraphisch gemeldet wird, mit Beschlag belegt worden. Unser Blatt hat man, obgleich dasselbe Rundschreiben gestern an seiner Spitze prangte, frei passiren lassen. Heute druckt uns der „Börsen-Cour.“ das in Rede stehende Aktstück nach, die „Spener'sche“ und die „Nationalztg.“ theilen die Hauptstellen daraus ebenfalls mit, ohne daß auch nur eins dieser Blätter confiscirt worden wäre. Das letzterwähnte Organ bemerkt sogar über des polnischen Blattes vollzogene Beschlagnahme:

„Nur mit großen und durchgreifenden Maßregeln ist dem bevorstehenden kirchlichen Sturme zu begegnen, nicht aber mit Preßmaßregeln. Hat man an den Ehren, die man aus der Confiscation der päpstlichen Allocution gezogen, noch nicht genug?“ (Germ.)

Berlin, 8. März. Die „Nat.-Ztg.“ bemerkt: „Ueber Herrn Wagener melden Correspondenzen, welche aus dem auswärtigen Amt gespeist werden, daß von einer Disciplinaruntersuchung gegen ihn wahrscheinlich wird Abstand genommen werden. Fest steht bereits, daß er seine Amtsthätigkeit in ihrem ganzen Umfange schon seit einiger Zeit wieder aufgenommen hat. Wir warten ab, bis über die Beschlüsse des Staatsministeriums in Bezug auf Herrn Wagener Gewisses bekannt wird.“

Berlin, 9. März. Der I. Criminal-Senat des Obertribunals hat kürzlich die Frage entschieden, in wie weit sich Jemand des Vergehens gegen die öffentliche Ordnung schuldig macht, wenn derselbe ein Angriffe gegen letztere enthaltendes literarisches Erzeugniß zur Durchsicht resp. Lecture an Andere verleiht. Der Böttchermeister N. zu M. hatte die bei Sartori in Wien erschienenen Broschüren „Westimmen für das katholische Volk, III. Jahrgang, von Anton Steiner“, dem Restaurateur K. zum Gebrauch mit dem Bemerkten gegeben, daß er dieselben auch andern Personen borgen könne. K. that dies auch, und gar bald erhielt die Staatsbehörde von dem Inhalt des Buches, welches angeblich von Angriffen gegen Preußen und sein Staatsoberhaupt wimmeln sollte, Kenntniß. Auf Grund der richterlichen Untersuchung wurde festgestellt, daß die an den „deutschen Michel“ gerichtete Broschüre den „Zweck“ verfolge, „bei den Katholiken eine zu Gewaltthätigkeiten gegen Juden, Protestanten und Liberale führenden Mißstimmung hervorzurufen, die gegenwärtigen staatlichen Zustände Deutschlands einer verächtlichen und gehässigen Kritik zu unterziehen und den deutschen Michel, welcher in Schlaf versunken dargestellt wurde, aufzufordern, mittelst seiner derben Faust eine gewaltthätige Aenderung der Dinge vorzunehmen.“ „Wenn deine „Fauste“, hieß es darin, „nur die Rechten treffen möchten, aber manchmal rührst du sie gar nicht, wo sie zuschlagen sollten. Hat dir denn unser Herrgott kein Gehirn und keine Arme gegeben, die Leute in Deutschland, welche alles auf den Kopf stellen und in Verwirrung bringen, dabei aber von Menschenliebe überfließen, klug zu machen?“ Dann wendet sich die Broschüre zu dem Capitel der Unterdrückung der katholischen Kirche und behauptet, „daß die jene gestaltende Regierung zu einer Stunde geboren sei, wo Luther seine Theesen an die Kirchthüre zu Wittenberg hestete.“

Schließlich wurde die preussische Pöbelhaube einer Besprechung unterworfen und die Freimaurer der Gottlosigkeit und der Verbreitung anarchischer Grundsätze angeklagt, da sie bereits über viele Länder, deren Regierungen sie gestürzt, Unglück gebracht hätten. Das mit Aburtheilung der Sache betraute Gericht erster Instanz erkannte den N., wiewohl derselbe das Buch nur deshalb dem K. geliehen haben wollte, damit derselbe Kenntniß davon nehme, wie die Oesterreicher über Deutschland dächten, schuldig der Majestäts-Beleidigung und Gefährdung des öffentlichen Friedens und verurtheilte ihn zu zwei Monaten Gefängniß, indem es ausführte, daß eine Verbreitung der Broschüre im Sinne der §§. 32, 33 und 34 des Preßgesetzes stattgefunden habe und §. 130 des Strafgesetzbuches nur eine Gefährdung des öffentlichen Friedens, mithin nur die objective Möglichkeit, nicht aber den Eintritt der Störung fordere, wie denn auch zur Anreizung eine

Handlung genüge, welche geeignet sei, unter den gerade obwaltenden Umständen auf die Gemüthsrichtungen der verschiedenen Klassen der Bevölkerung so einzuwirken, daß eine Mißstimmung hervorgerufen werde, welche zu Gewaltthätigkeiten gegen einzelne Klassen der Bevölkerung führen könne. Auch brauche Thäter nicht die Absicht gehabt zu haben, den öffentlichen Frieden zu stören, als dolus genüge vielmehr das Bewußtsein, daß die Handlung jene Tendenz nach sich ziehen könne. Auf die gegen diese Entscheidung eingelegte Berufung erkannte das Appellations-Gericht zu Ratibor, daß judex a quo mit Recht eine Anreizung verschiedener Klassen zu Gewaltthätigkeiten in der Druckchrift gefunden habe, und bestätigte das erste Erkenntniß. Die nunmehr eingebrachte Nichtigkeits-Beschwerde suchte, indem sie das Nichtvorhandensein einer öffentlichen Anreizung betonte, besonders Gewicht auf die Inabredestellung der Verbreitung oder Veröffentlichung der Druckchrift durch den Impuloranten zu legen, erzielte jedoch kein das verurtheilende Erkenntniß zweiter Instanz abänderndes Resultat, indem das Ober-Tribunal auf ihre Verwerfung erkannte.

Nach einer vorläufigen Feststellung des Tabaksteuer-Ertrages durch das statistische Bureau des Reiches beziffert sich dieser auf rund 600,000 Thlr., darunter Baden mit 180,000 Thlr.; zunächst kommt dann Preußen mit 156,136 und Bayern mit 135,857 Tgaler.

Hiesige Blätter melden, der Geh. Rath v. Reubell, deutscher Gesandter in Constantinopel, habe hierher telegraphirt, daß er bei dem ihm zugescriebenen Eisenbahn-Unternehmen mit andern Interessenten die Ausführung von Vorarbeiten gefördert, aber wiederholt ausdrücklich erklärt habe: er könne an der Concession und Verwaltung der Bahnanlage sich nicht betheiligen.

Der Präsident des Abgeordnetenhauses fühlt sich so angegriffen, daß er jetzt schon seit einigen Tagen das Präsidium nur während der ersten Hälfte der Sitzung führt; die höchste Zahl der Sitzungen, welche in früheren Sessionen stattfanden, ist freilich in dieser Session bereits überschritten. Es liegt nicht in der Absicht, viele Abenditzungen zu halten; dagegen will man im Abgeordnetenhause die Arbeiten bis zum Ende der nächsten Woche ununterbrochen fortführen. (R. B. Z.)

Berlin, 10. März. (Herrenhaus.) Bei der Vorberathung des Gesetzesentwurfs über die Aenderung der Verfassungsparagraphen 15 und 18 spricht Zellkamp für, Landsberg-Belen gegen die Vorlage. Gegenüber Zedlitz, welcher in der Vorlage nur die Dokumentirung der Fortschritte des Liberalismus erblickt, ergreift Fürst Bismarck das Wort zu einer längeren Rede, worin er sagt: Die Fortschritte des Liberalismus seien unzweifelhaft, sie seien die Folge der Desorganisation der conservativen Partei. Das Vertrauen zwischen dem Ministerium und der conservativen Partei sei seit dem Schulaufsichtsgesetz gestört und kehre nicht so leicht wieder. Die Ueberzeugung, daß eine conservative Partei von einiger Bedeutung nicht mehr existire, habe nicht zum wenigsten beigetragen, ihn aus dem Ministerpräsidium zu drängen. Die vorliegende Frage sei nicht eine confessionelle, sondern eine politische, sie sei ein Kampf zwischen Königthum und Priestertum. Das Papstthum war von jeher eine politische Macht. Wie damals als der letzte Hohenstaufe als Vertreter der Staatsidee unter dem Beile des französischen Eroberers gefallen, würde die Kirche auch einen für die Franzosen günstigen Ausgang des letzten Krieges sich zu Nutzen gemacht haben. Aehnliche Pläne hätten vor Sadoma, auch vor Olmütz bestanden, aber im Staate dieser Welt gebühre dem Staate das Vorrrecht und der Vortritt.

Artikel 15 und 18 der Verfassung seien in ihrer Entstehung ein Compromiß gewesen zwischen den Freunden der Ordnung und der Kirche, deren Beistand Jene nicht entbehren wollten. Dieser Modus vivendi konnte nicht von langer Dauer sein. Am Schluß des französischen Krieges war die Regierung sehr geneigt zur Verständigung mit dem Papst; entgegengesetzte Behauptungen im Abgeordnetenhause waren vollständig unwahr. Bei der während des französischen Krieges vorhandenen gewissen Verstimmung Italiens habe die katholische Agitation nach Beendigung des Krieges aufs höchste verwunden müssen. (?) Die straffe Organisation der katholischen Partei habe auf die große von daher drohende Gefahr aufmerksam gemacht. Ihr Parteiprogramm, von Ketteler formulirt, wolle einen Staat im Staate. Die Pflicht der Regierung war, den Staat zu schützen, die Regierung mußte den Compromiß über Art. 15 und 18 kündigen und einen neuen Modus vivendi suchen. Mit demselben könne und wolle das Ministerium nicht weiter regieren, er erbitte den

Beistand des Herrenhauses gegen die Unterwühlung der Autorität der Regierung und vertraue darauf, daß die Mehrheit des Hauses ihm ihren Beistand nicht versage. Nachdem noch Baumstark für, Borries und Lippe gegen die Vorlage gesprochen, wird die Debatte auf morgen vertagt.

Ausland.

Bern, 9. März. Da das Chorherrenstift Schönenwerth, welchem das Collaturrecht für die Pfarrpfründe Olten zustand, sich weigert, die nach dem neuen Gesetz über die Wiederwahl der Pfarrer von dieser Gemeinde verlangte Neuwahl eines Pfarrers vorzunehmen, weil jenes nur vom Volke beschlossene Gesetz keine kanonische Erledigung der Oltenen Pfründe bedinge, so hat der Regierungsrath von Solothurn gestattet, daß die Gemeinde die Neuwahl selbst vornehme.

Peft, 8. März. Franz Deats Unwohlsein ist in bedauerlicher Zunahme begriffen. Er bekommt jeden Morgen um halb 11 Uhr Herzkrämpfe und auch die Füße schwellen ihm an.

Rom, 4. März. Folgende vom Vaticane ausgehende Berichtigung findet sich im heutigen „Observatore Romano“: „Die „France“ verzeichnet ein Gerücht, demzufolge der hl. Vater an den Grafen v. Chambord geschrieben haben soll, um denselben zu Concessionen zu bewegen, welche die gegenseitige Annäherung der monarchischen Parteien in Frankreich erleichtern könnten. Es ist natürlich, daß ein solches Gerücht, welches ein bedeutendes Pariser Blatt weiter verbreitete, von italienischen Publicisten commentirt wurde. Wir beeilen uns, zu erklären, daß die von der „France“ colportirten Gerüchte jeder Begründung entbehren.“

Genua, 9. März. Der Herzog von Aosta traf mit Familie gestern Abends hier ein und reiste heute Vormittag nach Turin weiter. Es heißt, der Herzog werde sich Mittwoch nach Florenz begeben.

Paris, 8. März. Ganz Frankreich befand sich leztlich in Erregung, denn Thiers war unwohl. Der Präsident ist nämlich seit langem gewöhnt, während des Redens einen „Mazagran“ zu trinken, schwarzen Kaffee, der mit Wasser vermischt ist. Dieser Mazagran wurde bisher von der Präsidentschaft geliefert, diesmal aber besorgte ihn das Buffet der Kammer und so kam es, daß statt des sonst stark auf die Tribüne gestellt wurde. Thiers, der den Unterschied nicht merkte, trank wie gewohnt das Quantum von mehr als einem Liter und bekam in Folge dessen zweimaliges Nasenbluten und Magenkrämpfe. Doch war Thiers rasch wieder hergestellt und die Börse athmete wieder auf.

Paris, 9. März. Vien Public schreibt: „Sr. Thiers empfing gestern den Grafen Arnim, den er zum Frühstück einlud. — Nach der Abfahrt der Frau Thiers nach Paris ging der Präsident eine Stunde in der Avenue de Paris spaziren. Er ist vollständig hergestellt. Bereits um fünf Morgens war er an der Arbeit.“ — Nach Berichten aus Nancy hätten die Mitglieder der französischen Mission beim deutschen Hauptquartier in Nancy den Befehl erteilt, für sie Wohnungen in Paris zu bestellen, und man glaubt daraus schließen zu dürfen, daß es wirklich Ernst sei mit der baldigen Räumung.

London, 8. März. Dem hiesigen spanischen Gesandten, Don Moret y Prendergast, ist die erbetene Entlassung bisher noch nicht erteilt worden. Der Minister Castelar hat auf das wiederholte Demissionsgesuch desselben die Antwort erteilt, daß er bis zur Ernennung eines Nachfolgers auf seinem Posten bleiben möge.

London, 10. März. Nach Bericht von der afrikanischen Westküste bedrohen die Ashantees die Städte auf der Küste mit Kriege. Die Ashantees erkennen das Recht Hollands, Elmina an England abzutreten, nicht an, und bereiten sich vor, die Landschaft zu verteidigen.

Ein Hirtenbrief des Cardinals Cullen verurteilt die irische Erziehungsbill und fordert den Clerus auf, gegen dieselbe bei dem Parlamente zu petitioniren. — Man erwartet, daß der Strike der Kohlenarbeiter in Südwaales bald zu Ende gehen werde. Heute hat die Arbeit in mehreren Zechen wieder begonnen. — Die „Times“ meldet aus Berlin, daß die Unterhandlungen mit Frankreich in befriedigender Weise fortbauern, obgleich Deutschland sich weigert, Belfort und Umgegend vor der vollständigen Zahlung der Kriegsschädigung zu räumen.

Madrid, 6. März. Nach der „Gaceta“ sind die durch Carlisten erregten Unruhestörungen in Belez-Malaga durch das Einschreiten von Carabiniers und Freiwilligen unterdrückt worden.

Madrid, 8. März. Der Bericht der Commission,

welche damit betraut wurde, die Frage der Auflösung der Nationalversammlung zu prüfen, empfiehlt die Verwerfung der darauf abzielenden Vorlage. Nur das Commissionsmitglied Rivero beantragt Annahme mit einigen Modificationen. Bezüglich der Haltung der Regierung verlautet, daß sie, da ihr vornehmstes Bestreben auf Erhaltung der Ruhe gerichtet sei, sich der Entscheidung der Nationalversammlung fügen wolle, jedoch für den Fall, daß der Entwurf in seinen wesentlichsten Grundlagen gemißbilligt würde, entschlossen sei, ihre Vollmachten an die Versammlung zurückzugeben.

Madrid, 8. März. Das Gerücht ist verbreitet, daß die Regierung beabsichtige, den Herzog von Vittoria, Baldomero Espartero, zum Generalissimus der Armeen der Republik zu ernennen. Der „Tiempo“ setzt mit gutem Grund voraus, der Marschall werde das Anerbieten wie gewöhnlich mit Hinweis auf sein hohes Alter, welches ihm jede Theilnahme am öffentlichen Leben versage, ablehnen.

Eine Depesche aus Bampeluna vom 8. d. meldet: „Die Carlisten haben keinen Versuch gemacht, Bampeluna zu belagern. Ihre Truppenzahl in Navarra soll nicht mehr als 3000 Mann betragen. General Mourilas sollte gestern in Logrono das Obercommando der Nordarmee übernehmen. Die bedeutendsten carlistischen Banden unter Dorregaray, Olo und anderen Chefs stehen noch an der Grenze. Die Carlisten machten einen letzten Versuch, die Regierungstruppen für ihre Sache zu gewinnen; vermochten jedoch ihren Zweck nicht zu erreichen.“

Madrid, 9. März. Die Cortes zogen in ihrer heutigen Sitzung die Vorlage betreffend die Termine der Neuwahlen zu der constituirenden Versammlung und deren Zusammentreten in Erwägung. Der Cortespräsident gab die Erklärung ab, daß er sich der Auflösung der Versammlung und Berufung einer Constituante nicht widersetze. Der Präsident der Exekutivgewalt ergriff hierauf das Wort, wies auf die Nothwendigkeit einer Politik der Versöhnung zwischen den liberalen Elementen hin und mahnte die conservativen Parteien zum Vertrauen in die Republik. Die vor dem Palast der Cortes versammelte Volksmenge begrüßte das Resultat der Sitzung mit Hochrufen auf die Republik.

Madrid, 10. März. In Folge eines falschen Gerüchtes, daß die Regierung in Madrid gefallen sei, wurde in Barcelona eine Bewegung zu Gunsten der föderalen Republik gemacht, die jedoch ein friedliches Ende nahm, indem man das Volk überzeugte, daß es sich den Gesetzen und den Autoritäten der Regierung unterwerfen müsse. Republicanische Versammlungen beschlossen, die Legalität nicht zu überschreiten und die Entscheidungen der Constituante abzuwarten. Kein Exceß kam vor und allgemeine Ruhe kehrte zurück.

New-York, 9. März. In Portorico ist die Republik ohne alle Ruhestörung verkündet worden.

Telegramm.

Stuttgart, 10. März. Abends. Die Königin-Mutter Pauline ist nach schwerem Leiden heute Nachmittag um 5 Uhr entschlafen.

Den Badenern, die 1849-51 in Heidelberg und Berlin studirten und mit den Rheinpreußen zusammenkamen, diene zur Nachricht, daß Ferdinand Amlinger von Erier, seiner Vaterstadt, als Advokat-Anwalt am 5. d. M. nach längerem Leiden gestorben ist. R. J. P.

Briefkasten.

Nach R. Was Hr. Krebs glaubt oder nicht glaubt, geht uns gar nichts an, wir haben also absolut keinen Grund, gegen denselben zu polemisiren. Im Gegentheil sind wir sehr erfreut, in Hrn. Krebs einen ehelichen Mann zu finden, der es verschmäht, aus allen möglichen gehässigen Motiven gegen die kath. Kirche Humpel zu treiben. Ihre Anfrage an denselben in Betreff des Gottesgnadenthums könnte derselbe sehr lächerlich machen, indem er als Demokrat Ihnen einfach antworten würde: er glaube auch nicht daran! Deshalb trocken Sie Ihre Thänen über Herrn Krebs und begreifen Sie doch gefälligst mit uns, wie große Freude wir gerade an dieser Erklärung haben müssen, deren Stachel nicht von uns, sondern von dem großen Michaelis gefühlt werden wird!

Nach Offenburg. Schulknaaben haben sich nicht in Zeitungspolemik zu mengen, sondern ihr Penjum zu lernen. Nach Ehrenstetten. Die Postbehörde hat uns mitgeteilt, Sie möchten sofort, wenn Ihnen wieder eine Nummer nicht zukommt, an uns schreiben und die betreffende nicht angekommene Nummer genau angeben. Dann werde man der Sache auf die Spur kommen.

Nach Baden. Mit dem Artikel aus dem „Anz. f. St. u. L.“ wollen wir es bewenden lassen; wir würden uns selbst lächerlich machen, wollten wir noch ein Wort über den Gallimathias des Herrn Beck im „Bad. Wochenblatt“ verlieren.

Nach S. Sie sind abermals im Irrthum! Seien Sie doch aber gegen den Unbekannten nicht so empfindlich!

Redigirt unter Verantwortlichkeit v. Dr. Ferd. Biffing.

Bauarbeiten-Vergebung.

Nachstehende Arbeiten zur Herstellung der Einfriedigung des Pfarrhauses und Pfarrgartens in Oberachern, Bezirksamts Achern, sollen zur Ausführung (getrennt oder zusammen) in Accord vergeben werden, und zwar:

Maurer- und Steinhauerarbeit	520 fl. 57 fr.
Schreinerarbeit	23 fl. 3 fr.
Schlosserarbeit	21 fl. 36 fr.
Tüncherarbeit	8 fl. 15 fr.
Zusammen	573 fl. 51 fr.

Zur Uebernahme lusttragende Handwerker werden eingeladen, ihre, nach Procenten der Kostenberechnung ausgedrückten Angebote, unter Anschluß von Zeugnissen über Befähigung, Leumund und Vermögen, schriftlich, versiegelt und mit Aufschrift versehen, bis spätestens den 17. März d. J., Vormittags 9 Uhr, bei der Stiftungs-Commission in Ober-Nchern portofrei einzureichen.

Die Kostenberechnung und allgemeinen Bedingungen sind bis zum genannten Termine ebendasselbst zur Einsicht aufgelegt.

Zur Eröffnung der Angebote ist den Bietern der Zutritt gestattet.

Karlsruhe und Ober-Nchern, den 8. März 1873.

Erzbischöfliches Bauamt. Katholische Stiftungscommission.

Roos, Bezirksamt Constanz. 2.1 Vergebung von Bauarbeiten

Die Herstellung der Filial-Kirche zu Moos, Bezirksamts Constanz, sammt Material im Anschlag zu

Maurer- und Weispuherarbeit	5732 fl. — fr.
Steinhauerarbeit	1405 fl. 2 fr.
Zimmermannsarbeit	1261 fl. 56 fr.
Schreinerarbeit	451 fl. 52 fr.
Glaserarbeit	222 fl. 10 fr.
Schlosser- und Schmiedearbeit	502 fl. 49 fr.
Blechnerarbeit	298 fl. 55 fr.
Anstreicherarbeit	265 fl. 18 fr.
Zusammen	10,140 fl. 6 fr.

sollen im Soumissionswege vergeben werden.

Die Soumissionsöffnung findet Freitag den 21. d. M., Vormittags 10 Uhr,

auf dem Rathhaus zu Moos statt, woselbst Baupläne, Kostenberechnungen und Bedingungen vom 12. d. M. an eingesehen werden können.

Lusttragende Uebernehmer wollen ihre Angebote bis zu dieser Zeit verschlossen, portofrei und mit entsprechender Aufschrift versehen, an unterzeichnete Stelle einreichen.

Moos, den 8. März 1873.

Katholische Stiftungs-Commission.

Bei Chr. Schömpfer in Lahr ist erschienen:

Dr. Michelis

und die

Offenburger Altkatholiken.

Offener Brief an Herrn Professor Dr. Michelis von J. Sollinger, römisch-katholischer Kaplan zu Offenburg. Zweite vermehrte Auflage. Preis 4 fr.

Zu haben in: Offenburg in der Debold'schen Buchhdl. Freiburg in der Herder'schen Verlagsbdl. Säckingen in der Raitz'schen Buchhdl. Waldshut in der Gebr. Philipp'schen Buchhandlung. Radolfzell in der Moriel'schen Buchhdl.

Kreuzwege

in Del gemalt nach den berühmten Compositionen von Führich, Fortner etc., empfiehlt Unterzeichneter in folgenden Größen und Preisen:

130 Cent. hoch, 450 Tplr. mit Rahmen.	106	350
87 " " 240 " " "	87	240
68 " " 180 " " "	68	180
57 " " 120 " " "	57	120
44 " " 90 " " "	44	90
Stationen (Delfarbendruck):		
80 Cent. hoch, 115 Tplr. mit Rahmen.	45	60
33 " " 40 " " "	33	40

Die hier angeführten Maße sind Bildergrößen mit entsprechender Breite. 2/3 der Höhe. Rahmen hierzu können nach Wunsch in Naturholz oder Gold geliefert werden. Probestationen und die besten Referenzen von hochw. bischöflichen Ordinariaten werden zur gefälligen Einsicht zugestellt, sowie Abschlagszahlungen angenommen.

Alle oben angeführten Größen sind vorrätig, und kann jeder diesbezügliche Auftrag auch für Altar- und andere heiligen-Bilder schnellstens effectuirt werden.

Zu geehrten Aufträgen empfiehlt sich hochachtungsvoll

Krombach, Maler, München, Müllerstraße 48/0.

Glas-Photographien-Kunst-Ausstellung

in der Eintracht. Täglich geöffnet. Steroscopen-Verkauf. Bilder und Apparate jeder Art. Preislisten gratis. Neu aufgestellt: Krieg 1870—71.

Stereoscopen.

Von neuer Sendung offerire ich billigt: Ansichten von der sächsischen Schweiz und Dresden, Insel Rügen, Insel Helgoland, vom Riesengebirge von Cassel und der Wilhelmshöhe, französische innere Schlösser und Kirchen. Ansichten von Rußland und Polen. Ansichten von holländisch Indien, von Java und Sumatra, schöne asiatische Vegetations- und Volkstypen. Ansichten vom Niagarafall. Die neun Phasen des Mondballs von Warren de la Rue, schöne Gruppenbilder, schwarz und colorirt, transparente Damenköpfe. Complete Preislisten gratis in der Glas-Photographien-Kunst-Ausstellung in der Eintracht.

Bouquet-Fabrik

von

Albert Knapper

empfiehlt Bouquets mit Camelia und Veilchen, sowie anderen lebenden Blüthen. Versandt in bester Verpackung nach allen Nachbar- und weiteren Städten.

Lehrlings-Gesuch.

Bei Unterzeichnetem kann ein junger Mensch in die Lehre aufgenommen werden. Friedrich Böhlinger, 2.1 Sattler u. Tapezier in Mühlburg.

Lehrlings-Gesuch.

Ein gut erzogener junger Mensch, welcher Lust hat, das Möbel- und Zimmer-Tapezier-Geschäft zu erlernen, kann unter günstigen Bedingungen sogleich oder auf Ostern in die Lehre treten bei Tapezier Bilger in Karlsruhe, Viktoriastraße 20. 3.2.

Lehrlings-Gesuch.

Ein gesitteter Junge wird in die Lehre aufzunehmen gesucht von M. Leute, Maler u. Lackier, Karlsruhe, Ruppurer Landstraße Nr. 8.

Gr. Hoftheater in Karlsruhe.

Dienstag 11. März. Erstes Quartal. 36. Abonnements-Vorstellung. Letzte Gastdarstellung des kön. bayer. Kammerängers Hrn. A. Kindermann. Margarethe. Große Oper in 5 Akten von Gounod. Mephistopheles: Herr Kindermann. Anfang 6 Uhr.

Donnerstag 13. März. Erstes Quartal. 37. Abonnements-Vorstellung. Kabale und Liebe. Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. Stadtmusikus Müller: Herr Platorowitsch, Regisseur des großh. Hoftheaters zu Oldenburg, als Gast. Anfang 6 Uhr.

Theater in Baden.

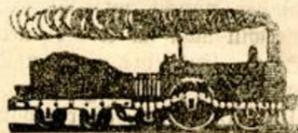
Mittwoch 12. März. Der Berschwender. Original-Baubermärchen in 3 Akten von Ferdinand Raimund. Musik von Conradin Kreuzer. Anfang halb 7 Uhr.

Geburten.

- 4. März. Eduard, Vater Eduard Intlefer, Assistent.
- 6. " Ernestine Katharine, Vater Josef Schnerr, Schlossermeister.
- 7. " Johanna Wilhelmine, Vater Johann Zahn, Werkmeister.
- 6. " Ida, Vater Wilhelm Merke Jr., Kaufmann und Agent.

Todesfälle.

- 6. März. Hermann Mors, Soldat im Feld-Artillerie-Regiment Nr. 14. 20 J.
- 7. " Andreas Rothstein, Knecht, ledig. 40 J.
- 7. " Emilie Stephanie, Vater Schreiner Drumm. 3 M. 17 J.
- 7. " Anna, Vater Portier Miltner. 6 Stunden.
- 7. " Albert, Vater Fabrikarbeiter Wader. 11 M. 14 J.
- 7. " Wilhelm, Vater Bäckermeister Grimm. 3 J. 7 M.
- 8. " Josef v. Gemmingen, Großh. Bad. Kammerherr, ein Ehemann. 69 J.



Fahrtenplan vom 1. Nov. 1872

anfangend:	
Abgang von Karlsruhe:	
Nach Rastatt und Baden:	11 ⁰⁰ , 6 ⁴⁵ , 7 ³⁵ , 10 ⁴⁵ , 1 ⁴⁵ , 2 ³⁰ , 4 ⁰⁰ , 5 ¹⁵ , 7 ³⁰ .
Nach Bruchsal und Heidelberg:	2 ¹⁰ , 7 ¹⁰ , 9, 11 ³⁰ , 12 ⁴⁰ , 1 ⁴⁰ , 4 ⁵⁵ , 7 ¹⁰ , 8 ⁴⁰ .
Nach Pforzheim (Mühlacker):	7 ⁴⁵ , 10 ¹⁰ , 1 ²⁰ , 1 ⁴⁵ , 5 ⁵ , 7 ⁴² , 11 ⁰⁰ .
Von Pforzheim nach Karlsruhe:	5 ²⁵ , 6 ³¹ , 9 ⁴⁵ , 12 ²² , 1 ³⁰ , 4 ⁴⁸ , 9 ⁹ .
Nach Mannheim (Rheinthalbahn):	Hauptbahnhof: 6 ¹⁰ , 9 ²⁰ , 2, 7 ¹⁵ .
Von Mannheim nach Karlsruhe:	5 ⁵⁰ , 10 ²⁰ , 2 ⁴⁰ , 6 ⁴⁵ .
Nach Magau (Hauptbahnhof):	6 ⁴⁰ , 8 ³⁰ , 10 ⁴⁰ , 2 ²⁵ , 6 ⁵ .

Die mit * bezeichnetenzüge sind Schnellzüge.

Cours der Staatspapiere. Frankfurt, den 10. März.

Staatspapiere.	Pr. comptant	Rußland 5% Obligationen v. 1871	89 1/2	5% Oester. Südbahn-Priv. fl. 200	—
Preußen 4 1/2% Consol. Oblig.	10 1/2	Belgien 4 1/2% Obligationen	—	5% Oester. Staatsb. Pr. fl. 500	—
4 1/2% do.	10 1/2	Schweden 4 1/2% Obl. in Thaler	96 1/2	5% Oester. Staatsb. Pr. 2. Emis.	85 1/2
4% do.	—	Schweiz 4 1/2% Eidgenössisch. Obl. in Fr.	101 1/2	5% Oester. Staatsb. Pr. 3. Emis.	84 1/2
Baden 5% Obligationen	103 1/2	4 1/2% Berner Obligationen	93 1/2	5% Oester. Staatsb. Pr. 4. Emis.	86 1/2
4 1/2% do.	98 1/2	R. America 6% Bonds 1882 v. 1882	9 1/2	5% Oester. Staatsb. Pr. 5. Emis.	102 1/2
4% do.	93 1/2	6% do. 1882 v. 1882	97	5% Oester. Staatsb. Pr. 6. Emis.	—
3 1/2% do. v. 1868	87 1/2	5% do. 1904 v. 1884	95 1/2	5% Oester. Staatsb. Pr. 7. Emis.	86
Preußen 5% Obligationen.	10 1/2	Spanien 8% neue Schuld von 1889	22 1/2	5% Oester. Staatsb. Pr. 8. Emis.	72 1/2
4 1/2% do. (Rind 1 Jahr.)	100	Frankreich 5% Rente. Fr. 23 fr.	83 1/2	5% Oester. Staatsb. Pr. 9. Emis.	6 1/2
4% do. (Rind 1 Jahr.)	94 1/2	do. letzte	93 1/2	5% Oester. Staatsb. Pr. 10. Emis.	—
Württemberg 5% Obligationen	103 1/2	Actien und Prioritäten.	—	5% Oester. Staatsb. Pr. 11. Emis.	113 1/2
4 1/2% do.	100	Bayerische Bank	114 1/2	5% Oester. Staatsb. Pr. 12. Emis.	113 1/2
4% do.	—	3% Frankf. Bank à fl. 500	142 1/2	5% Oester. Staatsb. Pr. 13. Emis.	—
Kassan 4 1/2% Obligationen	100	4% Darmstädter Bank-Actien zu fl. 250	48 1/2	5% Oester. Staatsb. Pr. 14. Emis.	25
4% do.	94 1/2	5% Oester. Nationalbank à fl. 600 & fr.	105 1/2	5% Oester. Staatsb. Pr. 15. Emis.	—
Baden 5% do.	105 1/2	3% do. Credit-Actien D. B.	67	5% Oester. Staatsb. Pr. 16. Emis.	68 1/2
4% do.	—	Stuttgarter Bank	109 1/2	5% Oester. Staatsb. Pr. 17. Emis.	—
4% do.	102 1/2	5% Oester. Staatsb. Pr. 18. Emis.	63	5% Oester. Staatsb. Pr. 19. Emis.	96
Preußen 5% do.	98 1/2	5% Oester. Staatsb. Pr. 20. Emis.	83	5% Oester. Staatsb. Pr. 21. Emis.	97
4% do.	95 1/2	5% Oester. Staatsb. Pr. 22. Emis.	—	5% Oester. Staatsb. Pr. 22. Emis.	97 1/2
4% do.	65 1/2	5% Oester. Staatsb. Pr. 23. Emis.	—	5% Oester. Staatsb. Pr. 23. Emis.	16
4% do.	65 1/2	5% Oester. Staatsb. Pr. 24. Emis.	—	5% Oester. Staatsb. Pr. 24. Emis.	—
5% do.	78 1/2	5% Oester. Staatsb. Pr. 25. Emis.	—	5% Oester. Staatsb. Pr. 25. Emis.	8 1/2
Rußland 5% Oblig. v. 1870	90 1/2	5% Oester. Staatsb. Pr. 26. Emis.	—	5% Oester. Staatsb. Pr. 26. Emis.	—

Druck und Verlag von B. Schwab, Oberrstraße Nr. 20 in Karlsruhe.